

**Interpellation SVP-Fraktion:****«Zunahme von Schwarzarbeit und Geldwäscherei im Kanton St.Gallen?»**

In den letzten Jahren wurden im Kanton St.Gallen wie in der übrigen Schweiz eine Vielzahl von neuen Dienstleistungsbetrieben im Bereich der Körperpflege (Barbershops, Massage, Manicure) eröffnet, zum Teil an teuren Geschäftslagen. Ebenso verbreitet haben sich exklusive Mode- oder Schuhgeschäfte mit bescheidenen Kundenfrequenzen, bei denen sich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit stellt. Ausserdem sollen sich gemäss Medienberichten als Familienclans organisierte kriminelle Organisationen verstärkt in der Bauwirtschaft festsetzen, beispielsweise im Bereich der Verlegung von Armierungseisen.

Gemeinsam ist diesen Branchen, dass die Belegschaft offenbar in vielen Fällen aus Ländern ausserhalb der EU stammt, mit welchen die Schweiz keine Personenfreizügigkeit unterhält. Für Staatsangehörige von solchen Drittstaaten sind Arbeitsbewilligungen grundsätzlich nur für Fachkräfte erhältlich. Es ist fraglich, ob dies in der Regel für alle Angestellten der erwähnten Dienstleistungen zutrifft, zumal sie oft Preise anbieten, die für etablierte einheimische Gewerbebetriebe ruinös wären. Bezeichnend ist zudem, dass offenbar in vielen Fällen Quittungen für die bezahlten Dienstleistungen nur auf ausdrückliches Verlangen der Kundschaft ausgestellt werden.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie erklärt sich die Regierung die starke Zunahme von Barbershops und ähnlichen Dienstleistungsbetrieben in den letzten Jahren?
2. Wie stellt die Regierung sicher, dass die Arbeitsbedingungen und Hygienevorschriften bei diesen Betrieben eingehalten werden und wie lautet die entsprechende Bilanz der Kontrollorgane?
3. Über welche Instrumente verfügen die Behörden, um bei Verdacht auf Geldwäscherei bei vorgeblich legalen Dienstleistungsbetrieben aktiv zu werden?
4. Bei wie vielen Kontrollen von Baustellen wurden in den letzten Jahren Unregelmässigkeiten im Bereich der Arbeitsbewilligungen, Arbeitszeiten und Löhne festgestellt?
5. Welchen Schutz kann die Regierung dem einheimischen Gewerbe im Allgemeinen und der Bauwirtschaft im Besonderen vor Organisationen bieten, die sie mittels Dumpingpreise aus dem Markt verdrängen wollen?»